

KURZ UND PRÄGNANT

Lösungswege aus der Milchkrise beraten

Nach einem am 12. Mai auf Einladung des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter e.V. im Landtag stattgefundenem Gespräch mit Vertretern der Milcherzeuger, erklärte MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright: „Es ist sehr deutlich geworden, dass an einer Milchmengenreduzierung in der EU kein Weg vorbeiführt. Diese muss aber sozial gerecht und wirtschaftlich existenzsichernd sein.“ Schon jetzt schränken Thüringer Betriebe die Produktion ein und einige haben die Kühe völlig abgeschafft. Die LINKE-Abgeordnete begrüßte das langsam einsetzende Umdenken bei den Agrarministern. Starke Widerstände gegen eine Regulierung auf EU-Ebene gebe es noch bei Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt und EU-Agrarkommissar Hogan. Daher sei es wichtig, dass die Milchbauern in ganz Europa, aber eben auch in Thüringen, „Druck machen“.

Am 16. Juni findet eine öffentliche Anhörung des Landtagsausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft statt, bei der neben den Milcherzeugern auch Molckereien und Einzelhandel gehört werden, um Lösungswege aus der Milchkrise aufzuzeigen. ■

Rote Haltelinie überschritten

„Das gute Recht der Kolleginnen und Kollegen auf Warnstreik mit Füßen zu treten und die Gesundheit der Mitarbeiter zu gefährden, überschreitet eine rote Haltelinie. Grundrechte der Arbeiterinnen und Arbeiter, die hart erkämpft werden mussten, mit einem Angriff auf die körperliche Unversehrtheit von Menschen in Frage zu stellen, lässt böse Bilder aufsteigen und ist durch nichts zu rechtfertigen“, sagte Rainer Kräuter, Gewerkschaftspolitiker der Linksfraktion.

Am Montag, den 9. Mai, hatte sich der Prokurist der Firma Hydrema in Weimar mit seinem Dienstwagen einen Weg durch die Kundgebung des Warnstreiks gebahnt und dabei einen Kollegen angefahren. Auch der Erste Bevollmächtigte der IG-Metall, Bernd Spitzbarth, verurteilte den Vorfall auf das Allerschärfste. Diese Form der Auseinandersetzung sei neu und provoziere unnötig. Rainer Kräuter: „Ich stehe an der Seite aller Kolleginnen und Kollegen, die sich für ihre Rechte einsetzen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rate ich, die Mittel des Rechtsstaats zu nutzen und bei solchen Vorfällen, die hoffentlich bedauerliche Einzelfälle bleiben werden, Anzeige zu erstatten und ggf. zivilrechtlich gegen die Provokateure vorzugehen.“

Verbesserungen bei Behindertengleichstellung

Außerparlamentarisches Bündnis zur Umsetzung der UN-Konvention tagte im Landtag

Das außerparlamentarische Bündnis für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Thüringen hatte am 2. Mai im Landtag in Erfurt getagt. In diesem Zusammenhang betonte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, dass die Landesregierung Verbesserungen im Gleichstellungsgesetz und bei den Nachteilsausgleichen für Sinnesbehinderte unterstützt und die Arbeit des Bündnisses kritisch-konstruktiv begleitet.

„Die Rückkopplung der rot-rot-grünen Landesregierung in Sachen Behindertengleichstellungsgesetze in die außerparlamentarischen Organisationen und Selbstvertretungen der Menschen mit Behinderungen ist unerlässlich, denn Gesetze am ‚grünen Tisch‘ ohne die Betroffenen funktionieren nicht wirklich“, so die Abgeordnete weiter.

Ganz abgesehen von der Arbeit an einem Teilhabegesetz auf Bundesebene, habe das Land in Sachen Nachteilsausgleiche wegen Vorgaben in der Landesverfassung eigene Verpflichtungen. „Daher müssen die Nachteilsausgleiche für sinnesbehinderte Menschen dringend und zeitnah weiterentwickelt werden. Thüringen braucht auch entsprechende Nachteilsausgleiche für gehörlose und taubblinde Menschen, und auch das Blindengeld muss aufgestockt werden, damit die Betroffenen ihren Lebensalltag auch wirklich selbstbestimmt leben können“, unterstrich Karola Stange auch mit Blick auf die Demonstration des Gehörlosenvereins Erfurt am Rande der Tagung vor dem Landtag in Erfurt (siehe Foto).

Nicht zuletzt müsse das UN-Abkommen über die Rechte behinderter Menschen auf allen Ebenen und in allen Bereichen bis in die Kommunen hinein verwirklicht werden.

„Daher muss auch ein modernes Gleichstellungsgesetz für Thüringen erarbeitet werden, um die Verpflichtungen der UN-Konvention umzusetzen. Eine wichtige Rolle nehmen hier Nachteilsausgleiche ein, z.B. für den Bereich

schen mit Behinderungen sicherzustellen. „Bei den Reformen in Thüringen muss ein Grundsatz unbedingt beachtet werden: Keine der Gruppen von Menschen mit Behinderungen darf gegenüber einer anderen Behinderten-Gruppe benachteiligt werden“, sagte Karola Stange.

Als weiterer Schritt sollte das derzeit noch getrennt geplante Sinnesbehindertengesetz in das Gleichstellungsge-



Mobilität und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Diese Nachteilsausgleiche sollen dann nicht nur Sinnesbehinderten, sondern auch anderen Gruppen von Menschen mit Behinderungen zugute kommen“, so die LINKE-Behindertenpolitikerin.

Ziel sei, die Hauptverpflichtung des UN-Abkommens, selbstbestimmt leben in allen konkreten Lebenssituationen, umfassend zu verwirklichen und dabei die gleiche Teilhabe aller Men-

setz integriert werden. „Es ist klar, dass ein veränderter Gesetzestext allein nicht ausreicht, aber er ist ein unverzichtbarer Baustein. Dieser muss dann durch haushalterische Gestaltung, durch Aktionspläne für alle Bereiche und durch Schulung der an der Umsetzung Beteiligten in den konkreten Lebensalltag der Menschen mit Behinderungen getragen werden“, so die LINKE-Politikerin. ■

Schnelle Rehabilitierung von §175 StGB-Betroffenen

Sie sei „außerordentlich erfreut über die klaren Worte des Gutachtens der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, das die Rehabilitierung der nach §175 StGB (sog. „Schwulen-Paragraph“) Verfolgten in der Bundesrepublik ausgehend von internationalen Menschenrechtsgarantien und mit Blick auf in Deutschland geltende Grund- und Verfassungsrechte ausdrücklich als gesetzgeberische Verpflichtung einstuft“, erklärte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Darauf gestützt müsse die längst fällige umfassende Rehabilitierung so schnell wie möglich erfolgen und dafür solle sich auch die rot-rot-grüne Landesregierung stark machen. Dies gelte auch mit Blick auf eine angemessene Entschädigung der jeweiligen Einzelfälle durch den Bund. „Damit würden zugleich eine Forderung aus einem gemeinsamen Antrag von LINKE- und GRÜNE-Fraktion aus der vergangenen

Wahlperiode sowie Absprachen der Koalition für diese Wahlperiode umgesetzt“, betonte die Abgeordnete.

„Es ist allerhöchste Zeit, der jahrzehntelangen Ignoranz ein Ende zu setzen. Den Menschen, deren Würde massiv durch den Strafrechtsparagrafen §175 verletzt wurde und die gesellschaftlichen und sozialen Nachteilen ausgesetzt waren, muss schnellstens per Aufhebungsgesetz die Rehabilitierung ermöglicht werden.“

„Die menschenrechtlichen Verpflichtungen, die in Deutschland gelten, verlangen den Schritt der generellen Aufhebung dieser Urteile ohne Einzelfallprüfung. Die Strafvorschrift, auf der die Entscheidungen beruhen, ist an sich schon menschenrechts- und grundgesetzwidrig, denn sie stellte homosexuelle Beziehungen zwischen Erwachsenen, die sich in freier Entscheidung dazu entschlossen hatten, unter Strafe“, sagte Karola Stange.

Die Thüringer Landesregierung habe hier eine besondere Verpflichtung und besondere Berechtigung zugleich,

„denn in Artikel 2 der Thüringer Landesverfassung ist ausdrücklich ein Diskriminierungsverbot wegen der sexuellen Orientierung verankert“. Zudem müsse ein Entschädigungsverfahren in finanzieller Verantwortung des Bundes eingeführt werden, das einfach zugänglich ist und ohne weitere staatliche Eingriffe in die Intimsphäre der Betroffenen ausgeführt wird. „Das bereits angerichtete Leid darf auf gar keinen Fall durch eine unsensible oder gar respektlose Verfahrensgestaltung noch potenziert werden. Die Betroffenen sind keine Bittsteller, sondern Menschen, die ganz zu Recht die Verwirklichung ihrer Menschen- und Grundrechte einfordern dürfen.“

Besonders wichtig sei in diesem Zusammenhang auch die Gutachtensforderung, einen allgemeinen Entschädigungsfonds einzurichten, statt langwierige und entwürdigende Einzelfallprüfungen vorzunehmen. Die Rehabilitierung der Opfer des §175 „muss noch in dieser Legislaturperiode erfolgen“, forderte die Abgeordnete. ■